



Notärztliche Versorgung im ländlichen Raum sichergestellt

Autorin Kirsten Fründt, Vorsitzende SGK Hessen und Stefan Scholl, Beisitzer SGK Hessen



Kirsten Fründt, Vorsitzende der SGK Hessen e.V.

Foto: Georg Kronenberg

Betrachte doch bitte einmal das untere Bild von der linken Seite dieses Artikels aus. Was siehst du? Ganz klar: eine 9. Doch was sieht jemand, der dir gegenüber auf der rechten Seite des Artikels steht? Er wird genauso entschieden antworten. Allerdings wird er eine 6 sehen. Wer hat nun Recht? Beide. Denn was aus der einen Perspektive richtig ist, kann aus der anderen Perspektive nicht stimmen und ist dennoch nicht falsch. Ähnlich, nur um einiges komplizierter, verhielt es sich bei der Si-



cherung der bodengebundenen notärztlichen Versorgung im ländlichen Raum. Es geht um die Besetzung der Notarzteinsatzfahrzeuge (NEF).

Perspektive der Deutschen Rentenversicherung: Die Deutsche Rentenversicherung blickt aus ihrer Perspektive auf die aktuelle Situation der Notärzte und führt seit einiger Zeit Statusfeststellungsverfahren durch. Diese sollen bewirken, dass die Honorarärzte im Rettungsdienst in die Sozialversicherung einzahlen. Sie sind oft nebenberuflich im Rettungsdienst und hauptberuflich meist als Hausärzte oder Klinikärzte tätig. Es gibt auch Honorarärzte, die ausschließlich freiberuflich im Rettungsdienst tätig sind. Ein Blick beispielsweise in den Lahn-Dill-Kreis zeigt, dass von den 102 Honorarärzten und Honorarärztinnen 75 bei Kliniken beschäftigt sind, 19 eine eigene Praxis oder eine Praxisgemeinschaft betreiben, fünf einen sonstigen Ar-

beitgeber haben und nur drei Personen ausschließlich als selbstständige Notärzte tätig sind. Geht es aber nun nach der Deutschen Rentenversicherung, sollen alle Honorarärzte sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden. Ein Urteil des Bundessozialgerichts im vergangenen Sommer beschleunigte die Diskussion.

Perspektive der Landkreise: Was ist nun falsch an dem eigentlich sozialdemokratischen Ansatz, die Honorarärzte sozialversicherungspflichtig zu beschäftigen? Theoretisch nichts. Er würde aber in der kommunalen Praxis zu erheblichen Problemen führen, welche die notärztliche Versorgung gefährden könnten. Neben einer erheblichen finanziellen Mehrbelastung, die entsteht, wenn alle



Fotos (2): pixabay.com

Honorarärztinnen und -ärzte sozialversicherungspflichtig angestellt würden, gäbe es ein arbeitszeitrechtliches Problem. Das Arbeitszeitrecht müsste voll angewendet werden. Somit würden die Stunden im Notdienst reduziert werden müssen und die Versorgung wäre nicht sichergestellt. Auch die mögliche Handlungsalternative der hauptamtlichen Besetzung der Notarzteinsatzfahrzeuge mit 20-22 Vollzeitstellen zum Beispiel im Lahn-Dill-Kreis ist

Inhalt

Sparkassen gehören in öffentliche Verantwortung

Ortsbeiräte: Nahe an den Bürgerinnen und Bürgern

Arbeitsprogramm der SGK im Jahr 2017

Bahnstadt Heidelberg – ein Vorzeigeprojekt der Stadtentwicklung

Wohnen ist ein soziales Thema

Bildungsangebote der AfK

**SGK Hessen e.V.
Nächster Termin**

Frauennetzwerk

**26. April 2017
ab 19 Uhr
in Mainhausen**

kaum möglich. Die Erfahrungen der heimischen Kliniken bei der Besetzung freier Arztstellen zeigen, dass es derzeit wohl nur sehr schwierig möglich wäre, ausreichend Personal zu finden.

In solchen Fällen ist klassischerweise der Gesetzgeber – in diesem Fall der Deutsche Bundestag – gefragt und zur Herbeiführung einer Lösung aufgefordert. Der Deutsche Landkreistag schilderte u.a. dem

Bundesgesundheitsministerium die Folgen einer möglichen Sozialversicherungspflicht der Notärztinnen und Notärzte und versuchte klar zu machen, dass die 6 der Deutschen Rentenversicherung aus ihrer Sicht eine 9 ist. Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern brachten einen Entschließungsantrag zur Sicherstellung der notärztlichen Versorgung im ländlichen Raum in den Bundesrat ein.

Als Vorbild sollte eine Regelung aus Österreich dienen, nach der nebenberufliche notärztliche Tätigkeiten als selbständige Tätigkeit eingestuft werden. Schließlich befasste sich der



Foto: pixabay.com

Deutsche Bundestag mit der Thematik und mit einem Änderungsantrag von SPD, CDU und CSU zum Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetz wurde die notärztliche Versorgung sichergestellt. Nun heißt es im Vierten Sozialgesetzbuch, dass Einnahmen aus Tätigkeiten als Notärztin oder Notarzt für diese nicht beitragspflichtig sind, wenn sie einer Beschäftigung von mindestens 15 Stunden wöchentlich außerhalb des Rettungsdienstes nachgehen oder eine Tätigkeit als zugelassener Vertragsarzt bzw. zugelassene Vertragsärztin ausüben. Zugegeben, es ist nun etwas mehr eine 9 als eine 6. Aber es geht bei diesem Thema ja nicht nur um Zahlen und theoretische Forderungen, sondern ganz praktisch um das Leben von Menschen.

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Hessen e.V.,
Marktstr. 10, 65183 Wiesbaden
Telefon: (0611) 360 11 74
Telefax: (0611) 360 11 95
info@sgk-hessen.de

Redaktion: Michael Siebel, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Sparkassen gehören in öffentliche Verantwortung

Verwaltungsräte weiter mit kommunaler Vertretung

Autor SGK Hessen e.V.

Wie jetzt bekannt wurde, gibt es Pläne der EBA (European Banking Authority) und der EZB (Europäische Zentralbank), die Anforderungen an die Mitglieder von Verwaltungsräten der Sparkassen zu verändern. Sie sollen denen der Vorstände angeglichen werden.

Sparkassen tragen zur Daseinsvorsorge bei

Damit wird erneut eine Initiative der europäischen Institutionen angestoßen, die Aufgaben der Daseinsvorsorge, wie sie in Deutschland existieren, in Frage zu stellen. Nach Auffassung der SGK Hessen haben die Sparkassen als Teil der kommunalwirtschaftlichen Aktivitäten Aufgaben der Daseinsvorsorge. Dies gilt für die Sicherung eines Filialsystems in der Fläche, aber auch für die Produkte, die von

Kredit für Sportvereine und Träger sozialer Einrichtungen reicht bis hin zur Förderung und Unterstützung der regionalen Wirtschaft.

Der SGK Landesvorstand ist der Überzeugung, dass das Drei-Säulen-Modell unseres Bankensystems sich bewährt hat und nicht zuletzt auch Ursache dafür war, dass Deutschland vergleichsweise gut durch die Bankenkrise gekommen ist. Und wir sind der Auffassung, dass mit den Plänen der EBA und EZB der private Banksektor gestärkt werden soll. Nach der Finanzkrise von 2008 ein fragwürdiger Vorgang; waren es doch die privaten Banken, die trotz vermeintlich hoch qualifizierter Aufsichtsgremien die Finanzkrise mit provoziert haben. Das öffentliche Bankenwesen und die Sparkassen stehen für Stabilität, pri-

vate Banken für Risiken, die uns teuer zu stehen gekommen sind.

SGK appelliert an Abgeordnete

Aus diesen Gründen hat der SGK Landesvorstand die sozialdemokratischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus Hessen aufgefordert, sich für unsere Interessen und die Interessen des Sparkassenwesens stark zu machen. Dazu gehört auch, dass in den Aufsichtsgremien Personen vertreten sind, die in öffentlicher Verantwortung stehen und die, wie wir alle wissen, sich regelmäßig an Schulungen und Fortbildungen beteiligen. Viele von den Vertreterinnen und Vertretern in den Verwaltungsräten tragen auch bei anderen Wirtschaftsunternehmen der öffentlichen Hand Verantwortung – nicht zu deren Schaden.

Ortsbeiräte: Nahe an den Bürgerinnen und Bürgern

Wichtiger Beitrag zur demokratischen Willensbildung

Autor Moritz Röder, Ortsvorsteher Wixhausen

Seit der Eingemeindung in den 1970er Jahren verfügt Wixhausen – ein Stadtteil Darmstadts – über den einzigen Ortsbeirat der Wissenschaftsstadt. Seit seiner Einrichtung ist die SPD die stärkste politische Kraft in diesem Gremium. Das ist auch darauf zurück zu führen, dass die SPD in Wixhausen für eine bürgernahe Politik steht und seit Jahren daran arbeitet, den Ortsbeirat möglichst effektiv im Sinne der Bürgerinnen und Bürger einzusetzen. Die Arbeit im Ortsbeirat passt sich dabei ideal in das Konzept des Ortsvereins zur Kommunikation mit den Men-

schen in ihrem Ortsteil ein. Bei dieser Kommunikation lassen sich grob vier Stufen unterscheiden.

1. Nahe an Bürgerin und Bürger sein

Das Stadtteilstfest, die Kerb, der Karneval, das Spitzenspiel der örtlichen Fußballmannschaft oder der samstägliche Einkauf – als Kommunalpolitikerin oder Kommunalpolitiker kommt man immer wieder mit den Menschen in Kontakt und sollte im Gespräch stets bereit sein, Anregungen und Kritik aufzunehmen und zu notieren.

Mit diesem Vorgehen erreicht man aber bei weitem nicht alle Bürgerinnen und Bürger. Gerade in urbanen Räumen beteiligt sich oft nur ein Bruchteil der Einwohner an den Stadtteilaktivitäten. Das beste Mittel, um trotzdem Kontakt zu bekommen, sind Hausbesuche.

Die SPD Wixhausen hat seit dem Jahr 2013 mindestens einmal an jeder Haustür in ihrem Ort geklingelt und die Ideen und Beschwerden der Menschen aufgenommen. Es ist ungeheuer spannend, wie man bei

Lesen Sie weiter auf Seite IV

Die Zeichen stehen auf Zukunft

Telekom unterstützt hessische Städte und Gemeinden mit Personal



Stephan Gieseler, Geschäftsführender Direktor Hessischer Städtetag
Foto: Hessischer Städtetag

Seit über fünf Jahren kooperiert Vivento, der Personaldienstleister der Deutschen Telekom AG, mit dem Hessischen Städtetag. Viele Telekom-Mitarbeiter haben seitdem ihren Arbeitsplatz und ihren Dienstherrn gewechselt, einige dauerhaft, so zum Beispiel zur Stadt Frankfurt. Ende 2016 haben beide Partner ihre Zusammenarbeit weiter intensiviert. Sie unterzeichneten einen Rahmenvertrag zur Personalunterstützung für die 74 Mitgliedsstädte und -gemeinden des Hessischen Städtetags. In einem weiteren Rahmenvertrag wurde die Zusammenarbeit mit Interamt, dem von Vivento betriebenen Stellenportal und Bewerbermanagement-Tool für den öffentlichen Dienst, ausgebaut.

Herausforderungen wie die Modernisierung und Digitalisierung der städtischen Verwaltungen, der demografische Wandel und Altersfluktuation, die steigenden Ansprüche der Bürger an Servicequalität und -geschwindigkeit aber auch aktuell anstehende Aufgaben wie die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen – um ihre Aufgaben adäquat erfüllen zu können, benötigen die hessischen Städte und Gemeinden qualifiziertes Personal. Die Personaldecke manch einer Verwaltung ist mittlerweile zu dünn. Oftmals bedarf es schneller und flexibler Lösungen, damit die Erfüllung öffentlicher Aufgaben nicht ins Stocken gerät. Die Möglichkeiten, die richtigen Mitarbeiter frühzeitig an die Plätze zu bringen, wo sie dringend benötigt werden, sind dabei begrenzt.

Rahmenvertrag zur Personalunterstützung

Als Verband der kreisfreien Städte und kreisangehöriger Städte und Gemeinden bündelt der Hessische Städtetag die Interessen von 74 Städten und Gemeinden in Hessen. Mehr als drei Millionen Menschen und damit etwa die Hälfte der hessischen Bevölkerung wohnen dort. „Wir sind immer auf der Suche nach organisatorischen Erleichterungen für unsere Mitglieder. Natürlich schließt das auch die Personalunterstützung und -rekrutierung ein“, berichtet der Geschäftsführende Direktor des Hessischen Städtetages, Stephan Gieseler. „Durch den Rahmenvertrag wird die Personalisierung von Mitarbeitern der Telekom formal deutlich erleichtert. Unseren Mitgliedern steht hier ein rechtlich geprüftes Vertragswerk zur Verfügung mit dem sie schneller und komfortabler Personal zu ihrer Unterstützung erhalten können.“ Die juristischen Formalien und Rahmenvertragsbestimmungen waren zuvor mit den kommunalen Spitzenverbänden in Hessen abgestimmt worden. „Mit Vivento haben wir einen verlässlichen Partner, der über viel Know-how in der Vermittlung passgenau qualifizierter und erfahrener Beamten verfügt. Daher empfehlen wir den Rahmenvertrag gerne an unsere Mitglieder weiter.“ Die erste Resonanz fällt positiv aus, so Gieseler.

Auch zu Zeiten vor Abschluss des Rahmenvertrags waren die Erfahrungen mit Telekom-Beamten gut. „Sie fühlen sich wohl bei unseren Städten und Gemeinden und sind eine wichtige Verstärkung“, berichtet Gieseler. Sie arbeiten dort als

Sachbearbeiter und Verwaltungsmitarbeiter, als Verwaltungs- und Betriebswirte, Ingenieure, Informatiker oder Juristen in den Bereichen Personal, IT und TK, Finanzen oder Facility Management. Und bei kommunalen Jobcentern wie das Beispiel Frankfurt zeigt. 2016 übernahm das dortige Jobcenter zwei Telekom-Mitarbeiter dauerhaft. „Neben der fachlichen Qualität bringen unsere Beamten die innere Überzeugung für ihren Job mit“, sagt Ingo Oestreicher, Kundenbeauftragter für Vivento. Weitere sind mit Sonderaufgaben betraut, etwa im Rahmen der Flüchtlingshilfe. Von der Führungskraft bis zur einfachen Verwaltungstätigkeit bekleiden sie zahlreiche Positionen.

Rahmenvertrag Interamt

Eine Vorreiterrolle nimmt der Hessische Städtetag in punkto E-Recruiting und Digitalisierung ein. Seit der Unterzeichnung des Rahmenvertrags zur Interamt-Nutzung können die hessischen Städte und Gemeinden vom verwaltungs- und fachübergreifenden Stellen- und Bewerbungsportal profitieren. Dazu Ingo Oestreicher: „Die Rahmenvereinbarung eröffnet den Mitgliedern einen unkomplizierten und schnellen Zugang zu Interamt zu besonderen Konditionen. Damit können sie Stellen nun schneller und einfacher ausschreiben, gezielt Nachwuchs- und Fachkräfte ansprechen und auch bei ihren Bewerbermanagement-Prozessen auf effiziente IT-Unterstützung zurückgreifen.“ Stephan Gieseler ist auch bei sich selbst konsequent: „Wenn der Hessische Städtetag Mitarbeiter sucht, werden wir dies auch über Interamt tun“.



Ingo Oestreicher, Kundenbeauftragter Vivento, Deutsche Telekom AG
Foto: Vivento



Foto: Vivento



Moritz Röder, Ortsvorsteher Wixhausen

Foto: privat

weiter von Seite II

Hausbesuchen noch einmal einen völlig neuen Eindruck davon erhält, wie die eigene Nachbarschaft tickt.

2. Nachhaltig kommunizieren

Hat man die Anregungen einer Bürgerin oder eines Bürgers aufgenommen, dann ist es entscheidend in Kontakt zu bleiben. Das geht per E-Mail – persönlicher ist aber der Kontakt über Facebook, WhatsApp oder Ähnliches, falls das vorhanden ist. Die Anregungen der Bürgerinnen und Bürger müssen ausgewertet, im Ortsverein diskutiert und für eine öffentliche politische Diskussion in den Gremien aufbereitet werden. Die Bürgerin oder der Bürger sollten dabei immer informiert bleiben, welchen Status das Anliegen gerade hat und wie weiter damit verfahren wird. Oft ist das auch eine Möglichkeit, politisch interessierte Menschen in die Parteilarbeit einzubinden, sie an Arbeitskreisen zu beteiligen und so mittelfristig für die SPD zu gewinnen.

3. Den Ortsbeirat nutzen

Ein Ortsbeirat kann sehr vielfältig genutzt werden. Kaum ein Thema ist zu klein, es dort zu diskutieren – jede Anregung oder Kritik aus der Bürgerschaft kann ihren Weg in den Ortsbeirat finden. Manchmal als Anfrage an den Magistrat, manchmal als Antrag einer Fraktion – idealerweise im Konsens beschlossen. Denn eines sollte der Ortsbeirat nicht sein: eine Bühne für parteipolitische Profilierung. Das gefällt keinem Bürger und keiner Bürgerin.

Profilieren kann man sich über gute Arbeit und engen Kontakt mit der Bürgerschaft.

Der Ortsbeirat ist aber nicht nur ein Beschlussgremium. In Wixhausen wird er auch genutzt, um sich über politische Fragen zu informieren, Themen vorzubringen und mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren. Die Verwaltung kann in öffentlicher Sitzung ein Bauprojekt für alle Interessierten vorstellen, die Polizei präsentiert zum Thema Einbruchssicherheit, mit der örtlichen Behinderteneinrichtung wird eine Begehung zum Thema Barrierefreiheit durchgeführt, die Schulwegsicherheit wird vor Ort überprüft, der Magistrat informiert aus erster Hand über die Flüchtlingssituation, in den Räumlichkeiten der Schule wird über die weitere Sanierung gesprochen – der Ortsbeirat ist in Wixhausen Forum für viele Formate und die Bürgerinnen und Bürger interessieren sich so immer stärker für seine Arbeit.

4. Ergebnisse rückkoppeln

Auch nach der Abstimmung im Ortsbeirat muss der Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern aufrechterhalten werden. Wie ist die Abstimmung ausgefallen? Wie steht der Magistrat zu den Vorschlägen? Wann ist mit einer Umsetzung zu rechnen? Diese Fragen sollten weiterverfolgt und rückgekoppelt werden. So gelingt es, zum ersten Ansprechpartner für alle Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu werden. Das bedeutet viel Arbeit, aber es lohnt sich.

Arbeitsprogramm der SGK 2017

Mit diesem Beitrag möchte der SGK Landesvorstand den Leserinnen und Lesern des DEMO Hessen Splits sein Arbeitsprogramm für das Jahr 2017 vorstellen. Im Geschäftsjahr 2017 wird sich die SGK Hessen mit folgenden Schwerpunkten befassen:

- Daseinsvorsorge in der Kommunalpolitik
- Flüchtlingsunterbringung und Integration
- Ländlicher Raum
- Wohnen
- Bildung

Zu den Schwerpunkten sollen Veranstaltungen durchgeführt werden.

1. Weiterentwicklung der Veranstaltungsreihe „Kommunalpolitik – wie geht das“ und „Werte in der Kommunalpolitik“.

Die SGK Hessen wird die Veranstaltungsreihe „Kommunalpolitik – wie geht das“ und „Werte in der Kommunalpolitik“ weiterentwickeln. Die Veranstaltungen werden den Fraktionen angeboten und kostenfrei zur Verfügung gestellt.

2. Zielgruppenarbeit intensivieren / Frauen in der Kommunalpolitik

Wir werden das Netzwerk Frauen in der Kommunalpolitik fortführen. Dazu wird eine Bildungsreise nach Brüssel für Frauen angeboten. Wir werden Fortbildungsangebote für Frauen in der Kommunalpolitik nach Bedarf anbieten. Für junge Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker wird die AfK die Kommunalakademie durchführen und das Netzwerk junger Kommunalpolitiker fortführen.

3. Öffentlichkeitsarbeit und interne Kommunikation

Die Öffentlichkeitsarbeit wird fortgeführt. Um die Mitglieder gut zu informieren wird weiterhin monatlich eine Kommunalmail erscheinen. Der SGK Landesverband hält daran fest, trotz der schwierigen finanziellen Situation den Hessen Split in der DEMO weiterzuführen. Die Homepage der SGK wird weiter aktualisiert und verbessert. Es ist die Aufgabe der SGK, die Kommunalpolitik in Hessen zu koordinieren. Dazu dient die AG Fraktionsgeschäftsführer und die Kommunalpolitische Runde.

4. Buchprojekt „Gute Kommunalpolitik in Hessen“ und Zusammenarbeit mit der Hessischen SPD

Die SGK Hessen wird 2017 das Buchprojekt „Gute Kommunalpolitik in Hessen“ abschließen und gemeinsam mit dem SPD-Landesverband herausgeben. Die SGK Hessen wird einen Beitrag zum Landtagswahlprogramm der Hessischen SPD leisten. Dabei sollen die kommunalpolitischen Interessen besonders hervorgehoben werden.



Foto: AfK

Gebührenfreie Kitas

Eltern und Kommunen entlasten

Gebührenfreie Bildung von Anfang an ist ein Kernthema der SPD-Landtagsfraktion. Der sozial- und familienpolitische Sprecher, Gerhard Merz, hat auf den Zusammenhang von zunehmenden Kosten für die Kinderbetreuung und deswegen landauf, landab steigenden Kindergartenbeiträgen hingewiesen: „Die Kosten für Kinderbetreuung lagen 2015 landesweit bei 2,14 Milliarden Euro. Sie haben sich in den vergangenen Jahren aufgrund gestiegener quantitativer und qualitativer Anforderungen mehr als verdoppelt, die Tendenz ist weiter deutlich steigend.“

Dagegen liege die Förderung des Landes nach dem Evaluationsbericht des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) bei le-

diglich 339 Millionen Euro, der Anteil des Landes stagniere real bei unter 20 Prozent. „Das bedeutet, dass die strukturellen Defizite der Kommunen dramatisch steigen. Insbesondere die finanzschwächeren Kommunen geben diesen steigenden Kostendruck via steigender Kita-beiträge an die Eltern weiter“, sagte Merz.

In den vergangenen beiden Jahren hätten 45 Prozent der Kommunen die Beiträge erhöht, landesweit lägen sie im Krippenbereich zwischen 75 und 700 Euro, beim Kindergarten zwischen 45 und 300 Euro und beim Hort zwischen 60 und 295 Euro.

Ähnlich verhalte es sich auch mit den Angeboten des viel gepriesenen Pakts für den Nach-

mittag. „Die steigenden Defizite sind den Kommunen ebenso wenig zuzumuten wie den Eltern steigende Gebühren. Es ist auch nicht länger vermittelbar, dass in Hessen extrem unterschiedliche Beitragshöhen von null bis 700 Euro nebeneinander bestehen und dass Schul- und Hochschulbesuch kostenlos, ausgerechnet der Kitabesuch aber mit zum Teil exorbitanten Kosten verbunden ist.“

Beides seien zentrale Fragen der Bildungsgerechtigkeit. Merz kündigte erneut einen umfassenden Gesetzesentwurf der SPD-Fraktion zur Reform der Kitafinanzierung an. „Dabei werden wir die Ergebnisse des KiföG-Evaluationsberichts ebenso einbeziehen wie die gute politische Praxis in anderen



Gerhard Merz

Bundesländern“, sagte er.

Merz verwies in diesem Zusammenhang auf die Situation in Rheinland-Pfalz mit seiner Gebührenfreiheit und die in Baden-Württemberg, wo seinerzeit die grün-rote Landesregierung den Landesanteil an den Kitakosten per Gesetz auf 68 Prozent festgelegt habe.

Gleiche Chancen – gleiches Geld



Volles Haus bei der Veranstaltung zum Frauentag mit (v. l. n. r.) Lisa Gnagl, Thorsten Schäfer-Gümbel und Manuela Schwesig.

Foto: Martina Häusl-David

Die Forderung nach Lohn-gleichheit von Frauen stand im Mittelpunkt der Veranstaltung der SPD-Landtagsfraktion zum Weltfrauentag 2017 mit Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Sie forderte, dass „Frauen genauso fair bezahlt werden wie Männer“. Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Lohn-gleichheit zielt darauf, die Rechte von Frauen zu stärken. „Gleichberechtigung darf nicht nur im Grundgesetz stehen, sondern muss auch in der Lebenswirklichkeit bestehen.“ Die Lohnlücke betrage 21 Prozent. Frauen gerieten vor allem dann schnell aufs berufliche Abstellgleis-Stichwort Teilzeitarbeiter, wenn sie sich für Kinder entschieden. Schwesig forderte einen

Wandel in Unternehmen und im öffentlichen Dienst.

Die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Lisa Gnagl forderte verbindliche gesetzliche Regeln für eine wirkliche Gleichberechtigung. „Die seit 1949 verfassungsrechtlich garantierte Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist noch immer nicht gesellschaftliche Realität. Das zeigt uns auch die jüngste OECD-Studie, wonach in Deutschland noch immer das Modell des männlichen Alleinverdieners vorherrschend ist, Frauen oft unfreiwillig nur in Teilzeit arbeiten können und damit einem erhöhten Armutsrisiko im Alter und im Falle einer Scheidung ausgesetzt sind.“

Wohnungsnot spitzt sich zu

Gleich vier Debatten über wohnungspolitische Fragen standen in der vergangenen Plenarwoche an – auch das ein Anzeichen dafür, dass sich das Thema Wohnungsnot zuspitzt.

Die SPD forderte ein Programm über 30 Millionen Euro, um die Wohnungsnot für Studierende abzubauen. Michael Siebel sagte, der Neubau halte mit dem Anstieg der Studierendenzahlen nicht Schritt. Um einen Versorgungsgrad von 10 Prozent zu erreichen, seien 10.000 neue Plätze notwendig. Weitere 50 Millionen Euro sollten über einen Nachtrags-haushalt für sozial gebunde-



Michael Siebel

nen Wohnungsbau zusätzlich bereit gestellt werden.

Unterstützung signalisierte Siebel für einen Gesetzesentwurf der Fraktion „Die Linke“ gegen Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnraum.

Eine Initiative der schwarz-grünen Koalition zum Hessischen Wohnungsaufsichtsgesetz geht Siebel nicht weit genug. Das Gesetz soll die Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen verhindern, was insbesondere in Großstädten um sich greift. Die Beschränkung auf diesen Punkt sei nicht ausreichend, sagte Siebel. „Wir wollen auch Regeln, die Zweckentfremdung verhindern und ein Instandsetzungsgebot festschreiben.“ Die Mietpreisbremse des Bundes müsse nachgebessert werden.



Mit diesem Plakat hat das Studierendenwerk in Frankfurt auf die Wohnungsnot aufmerksam gemacht.

Bahnstadt Heidelberg – ein Vorzeigeprojekt der Stadtentwicklung



Bahnstadt mit Wohnbebauung, Schwetzingter Terrasse, Kita und Skylabs

Foto: Christian Buck

„Mischung aus Wohnen, Wissenschaft und Gewerbe“

Autor SPD-Fraktion Darmstadt

Die Darmstädter SPD Fraktion hat einen Blick über die Landesgrenzen gewagt und sich mit der Bahnstadt Heidelberg ein besonderes Projekt näher angesehen. Anlass dafür war eine Bachelor-Arbeit von Andreas Dütz, der die Strategie des Klimaschutzes in Darmstadt mit der in Heidelberg verglich. Dabei schnitt Darmstadt im Vergleich wesentlich schlechter als Heidelberg ab. Wie die Stadtregierung zum Klimaschutz stärker in die Verantwortung genommen werden kann, das demonstrieren die Planung und Umsetzung des neuen Stadtteils Bahnstadt.

Dort ist auf einem 116 ha großen Gelände des ehemaligen Güter- und Rangierbahnhofs Wohnraum für 5000 Menschen entstanden, und gleichzeitig sind durch die Ansiedlung von Handels- und Dienstleistungsunternehmen neue Arbeitsplätze geschaffen worden.

Ein über die Region hinaus beachtetes Projekt

Das Projekt hat bundesweite Aufmerksamkeit gefunden, da die Bahnstadt eine der weltweit größten Passivhausansiedlungen ist. Die Bahnstadt Heidelberg ist in den Masterplan 100 Prozent Klimaschutz eingebettet.

Sowohl die städtische Wohnungsgesellschaft (GGH) als auch private Investoren und Baugruppen haben zum Gelingen dieses Projekts beigetragen. Das Gelände wurde von der Bahntochter Aurelis erworben. Die Entwicklungsgesellschaft EGH, an der die Landesbank, die GGH und die Sparkasse beteiligt sind, hat das Gelände entwickelt.

Dabei wurden verbindliche Regeln und Energiestandards, orientiert am energiesparenden Passivhausstandard, sowohl für die Wohngebäude als auch für Büro- und Gewerbeimmobilien vereinbart.

Notwendig war auch, mit guter Kommunikation das Projekt zu verankern. Natürlich mussten auch rechtliche Hürden genommen werden. So wurde keine Baugenehmigung erteilt, wenn nicht die von der Entwicklungsgesellschaft gewünschten Faktoren erfüllt wurden.

Mehrheitlich Mietwohnungen geschaffen

Heute wohnen in der Bahnstadt 68 Prozent Mieter und 32 Prozent Eigentümer. Allerdings fand dort kein sozialer Wohnungsbau statt. Den will die Stadt Heidelberg in anderen Revieren schaffen.



Kita und Wohnbebauung mit Feuerwehr im Hintergrund.

Foto: Steffen Diemer



Luftbild der Heidelberger Bahnstadt

Foto: Kay Sommer

Wohnen ist ein soziales Thema

AWO Hessen-Süd verstärkt ihr Engagement auf dem Wohnungsmarkt

Autor Swen Klingelhöfer, AWO Hessen-Süd

Wohnen in der Stadt wird immer teurer – diese Tatsache wird für viele zunehmend zum Problem. Schaut man sich die Wohnungsmieten in Frankfurt, Darmstadt oder Gießen an, wird schnell klar, dass Normalverdiener es schwer haben, auf dem Wohnungsmarkt zu bestehen. Kein Wunder, dass Hessen im Vergleich der Bundesländer nach Hamburg die zweithöchste Bruttokaltmiete pro Quadratmeter aufweist. Frankfurt und sein Speckgürtel gelten laut Institut Wohnen und Umwelt (IWU) sogar als „Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten“. Zurecht, denn eine Vielzahl an Normalverdienern kann es sich nicht mehr leisten, dort eine Mietwohnung für die Familie zu beziehen. Und so geht es auch Beschäftigten in Sozialberufen.

Die AWO reagiert

„Die Arbeiterwohlfahrt Hessen-Süd hat dieses Problem aufgegriffen und will das Thema bezahlbaren Wohnraum vorantreiben“, sagt Torsten Hamann, Generalbevollmächtigter der Arbeiterwohlfahrt Hessen-Süd. Dazu soll in diesem Jahr ein eigener Fachbereich „Wohnen“ gegründet werden: „Ziel ist die Bündelung unserer bisherigen Kompetenzen im Bereich Wohnen und anschließend der Ausbau unserer Angebote“, so Hamann. Es gehe dabei um Wohnungen für die eigenen Beschäftigten, aber nicht nur. Mehr als 200 Wohnungen sind zurzeit schon im Bestand der AWO Hessen-Süd und bieten Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen ein passendes Angebot. Älteren Menschen zum Beispiel bietet die AWO Hessen-Süd „Service-Wohnen“ an. Solche Wohnungen orientieren sich baulich an den Bedürfnissen älterer Menschen. Dabei können je nach Wunsch und Bedarf Unterstützungsleistungen angefordert werden. So bleibt man selbstständig, bekommt aber Hilfe zum Beispiel bei der Reinigung der Wohnung, beim Kochen oder



Die eigene Lebensführung unterstützen und fördern will die AWO Hessen-Süd durch neue Wohnformen.

Anbringen der Gardinen. Ein anderer Bereich richtet sich an junge Menschen: Die AWO Hessen-Süd unterstützt und begleitet sie dabei,

ihr Leben selbstständig Stück für Stück in einer eigenen Wohnung zu organisieren. Selbstständigkeit ist auch ein wichtiges Ziel, wenn es



Selbstständigkeit auch im Alter will die AWO Hessen-Süd ermöglichen. Sie bietet Unterstützung an, wo man sie haben will.

Fotos (2): AWO Hessen-Süd

um Menschen mit Behinderungen geht. Auch hier will die AWO Hessen-Süd, je nach persönlicher Möglichkeit, die eigene Lebensführung unterstützen und fördern, indem die Assistenz, die benötigt wird, da ist, wenn sie gebraucht wird. Und das in der eigenen Wohnung. Das Ziel der AWO Hessen-Süd ist es, die persönliche Selbstständigkeit in allen Lebenslagen zu fördern und dort zu unterstützen, wo Hilfe gebraucht und erwünscht ist.

Mit dem Quartier vernetzt sein

Das alles soll aber nicht an den Wohnquartieren in der Umgebung vorbeigehen: Die AWO Hessen-Süd will ihre Wohnprojekte auch mit dem Gedanken der Quartiersentwicklung verknüpfen. Für die Nachbarschaft soll so auch ein Anlaufpunkt entstehen, an dem geholfen, aber auch der soziale Zusammenhalt in der Nachbarschaft aktiv gefördert wird. Dazu muss auch die Infrastruktur vor Ort stimmen, was insbesondere im ländlichen Raum eine Herausforderung im Rahmen der Daseinsvorsorge ist. Auch hier hat die AWO Hessen-Süd zum Beispiel durch ihre CAP-Supermärkte Nahversorgung auf der einen Seite, aber auch erfolgreiche Integrationsbetriebe auf der anderen Seite schaffen können.

Ökologische Nachhaltigkeit gehört dazu

Wohnen und ökologische Nachhaltigkeit gehören für die AWO Hessen-Süd zusammen. Dabei profitiert nicht nur die Umwelt; in vielen Bereichen haben sich die Nebenkosten zur zweiten Miete entwickelt. Dabei ist es heute möglich, z. B. nachhaltig und CO₂-neutral zu heizen und gleichzeitig die Nebenkosten niedrig zu halten. Somit verbindet sich ökologische Nachhaltigkeit mit einer Kostenersparnis für die Mieter. Ein Ansatz, den die AWO Hessen-Süd bei ihren Wohnprojekten stärken will.

Bildungsangebote der AfK

Mitmachen – Mitgestalten – Bürgerbeteiligung / Frankfurt

Termin: 04. Mai 2017 (18.00 Uhr bis 22.00 Uhr)

Der Ruf nach einer stärkeren Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern wird auch in der Kommunalpolitik immer lauter. Die AfK Hessen bietet deshalb ein Seminar an, um wichtige Fragen zu diesem sensiblen Thema zu beantworten:

- Welche Formen und Arten der Bürgerbeteiligung gibt es?
- Welche Form der Bürgerbeteiligung ist für welche Situation die richtige?
- Bürgerbeteiligung und die Rahmenbedingungen der Hessischen Gemeindeordnung

Kommunale Arbeit visualisieren und erklären / Gießen

Termin: 13. Mai 2017 (10.00 Uhr bis 16.30 Uhr)

Als Kommunalpolitiker/Kommunalpolitikerin trage ich sehr viel Verantwortung. Die Bürger und Bürgerinnen sind von den Entscheidungen, die auf kommunaler Ebene getroffen werden, betroffen. Umso wichtiger ist es, sie schon vorher dafür zu gewinnen und ihnen die kommunale Arbeit bzw. Entscheidungen erklären zu können. Wie das funktioniert, wollen wir gemeinsam im Seminar erarbeiten.

Inhalte des Seminars sind:

- Wie verstehe ich meine Arbeit als Kommunalpolitiker?
- Wie kann ich Bürger/Bürgerinnen begeistern und mitnehmen?
- Visualisierung von Themen der Kommunalpolitik
- Wie kann ich Nichtwähler mobilisieren?

Grundlagen der kommunalpolitischen Arbeit / Frankfurt

Termin: 17. Mai 2017 (18.00 Uhr bis 22.00 Uhr)

Inhalte des Seminars sind:

Grundlagen der Hessischen Gemeindeordnung (bzw. LKO), Rechte und Pflichten der Mandatsträger, Aufwandsentschädigung und Mandatsabgabe, Bedeutung der Geschäftsordnung

Rhetorik für Frauen – Fortgeschrittenen- Seminar / Frankfurt

Termin: 24. Juni 2017 (10.00 Uhr bis 17.00 Uhr)

Dieses Seminar richtet sich an Teilnehmerinnen, die bereits an einem Rhetorik-Seminar teilgenommen haben.

Der Umgang mit folgenden Techniken wird vertieft und die gezielte Anwendung geübt:

Gesprächsführung, Argumentation, freies Reden
Umgang mit Manipulationstechniken.
Auch eigene Beispiele und Probleme können eingebracht werden.



Doppik – Grundlagenkurs / Frankfurt

Termin: 19. August 2017 (10.00 Uhr bis 17.00 Uhr)

Vermittelt werden Grundlagen der Kommunal Finanzen und der Doppik. Wie finanzieren sich Kommunen und welche Spielräume haben sie vor Ort? Wie kommt die Gewerbesteuer und die Grundsteuer zustande, welche Umlagen und Abgaben müssen gezahlt werden?

In dem Seminar erarbeiten wir gemeinsam die Grundlagen der Kommunal Finanzen mit einem Blick in die HGO und die Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVo) und verschaffen uns einen Überblick über die Grundlagen der Doppik, indem wir Begriffe klären, die Haushaltsstruktur ansehen und Beispielrechnungen vorgeführt werden.

Mit Anträgen in kommunalen Gremien erfolgreich / Frankfurt

Termin: 09. September 2017

(10.00 Uhr bis 17.00 Uhr)

Eine gute Idee alleine reicht nicht aus – wer einen erfolgreichen Antrag in der Gemeindevertretung stellen will, hat viele Aspekte zu berücksichtigen. Ein gut verfasster Antrag ist die Grundlage für die Umsetzung der eigenen Ideen und entscheidend für die politische Entwicklung in der Kommune.

In unserem Seminar lernst Du verschiedene Formen von Anträgen kennen. Zur Vorbereitung auf das Seminar überlege dir eine konkrete Fragestellung oder ein aktuelles Problem aus deinem kommunalpolitischen Alltag, das Grundlage für einen Antrag sein könnte. Neben der inhaltlichen Arbeit bleibt auch genug Zeit sich mit anderen Mitgliedern auszutauschen und deine konkreten Fragen zu beantworten.

Wir wenden uns mit diesem Seminar an alle Mitglieder von Gemeindevertretungen (und solche die es werden wollen), die das Schreiben von Anträgen lernen oder ihr bestehendes Wissen auffrischen wollen. Wir bieten dir folgende Themen und Arbeitsfelder an:

- Anträge als wichtige Aufgabe der kommunalen Demokratie
- Anträge in der Fraktion erfolgreich durchbringen
- Form von Anträgen
- Bündnispartner für Anträge
- „Sag‘, was Du meinst und Du bekommst, was Du willst!“
- klare und positive Sprache
- Wie komme ich auf Ideen für Anträge?
- Wie schreibe ich Anträge?

Bildungsurlaub Kommunalpolitik

Auch in 2017 werden wir wegen der guten Resonanz in den letzten Jahren wieder Bildungsurlaub anbieten. Dabei wiederholen wir unsere beliebte Seminarwoche zur Kommunalpolitik. Hier werden Einsteiger und politisch Interessierte auf die wichtigsten Aspekte von Kommunalpolitik vorbereitet.

Termin: 23.-27. Oktober 2017

Ort: DJH Bad Hersfeld

Teilnahmebeitrag:

275,00€ Übernachtung im EZ/VP

175,00€ ohne Übernachtung mit VP

Weitere Informationen unter www.afk-hessen.de oder
Tel. 0611-360-11-76